

Medientexte diesseits und jenseits der „Wende“.

Das Beispiel ‚Leserbrief‘

0. Vorbemerkung

„Eine Gesellschaft, die in die Dimension historischer Zeit und kultureller Evolution eintritt, muß ihren kollektiven Sinn dynamisieren“ (Hervorh. U. F.), stellt A. Assmann (1986: 127) im Hinblick auf den Wandel des Stilbegriffs fest. Und, so ergänze ich, eine Gesellschaft in der Dimension historischer Zeit und kultureller Evolution, in der Dimension von gesellschaftlicher Veränderung und Normenwandel also, muß ihren kollektiven Sinn zugleich individualisieren.

Im folgenden sollen Leserbriefe politischen Inhalts aus der Presse der DDR und aus der „sich wendenden“ und „gewendeten“ Presse der „Nach-DDR“ analysiert werden. Es wird sich dabei zeigen, daß es einen Wandel im Sinne des Dynamisierens und Individualisierens tatsächlich gegeben hat. Mit dem Wegfall alter kommunikativer Normen und inhaltlicher Verbindlichkeiten blieb dem Schreiber eines Leserbriefes in der Zeit der „Wende“ gar nichts anderes übrig, als eigene Lösungen zu finden. Es wird im Laufe der Untersuchung auch deutlich werden, daß mit der relativen Stabilisierung der Verhältnisse nach der „Wende“ neue kommunikative Normen, die vor allem die Wortverwendung betreffen, entstehen, Normen, welche die Dynamik und Individualität wieder beschränken. Neue inhaltliche Restriktionen habe ich nicht feststellen können.

Man muß die Spezifik politischer Leserbriefe in der DDR kennen, um ermessen zu können, welcher Aufwand an Dynamik und Individualität nötig war, um die Grenzen der alten Textsorte zu durchbrechen. Um diesen Vorgang nachvollziehbar zu machen, sind Bemerkungen zur rituellen und operativen Funktion von Presstexten nötig. Sie werden der Analyse vorangestellt.

Drei Leserbriefe sollen zunächst einen Eindruck von der Entwicklung der Textsorte ‚Leserbrief‘ vermitteln:

Leserbrief vom 23.11.1976 an die LVZ¹ (1)

Mit Empörung las ich vom feindseligen Verhalten des Herrn Biermann gegen unseren Staat und seine Erbauer. Statt Kritik – boshafte Verleumdung gegen uns; auch das Mäntelchen von Beteuerungen vermag das nicht mehr zu beschönigen. Ich verurteile diese Position, denn sie dient dem Klassenfeind. Ich stimme den Maßnahmen unseres Staates zu.

Klaus Schwabe, Bildhauer

Leserbrief vom 9.10.1989 an die LVZ (2)

Wie oft noch sollen sich diese Störungen der Ordnung und Sicherheit wiederholen? Weshalb bringt man diese Handlanger, die von der BRD aufgefördert werden, die innere Ruhe zu stören, nicht hinter Gitter, denn dort gehören sie hin?

Unsere 40jährige stolze Republik hat diese Machenschaften nicht verdient. Wenn diese Elemente, denn anders kann man diese Leute nicht bezeichnen, nicht begreifen wollen, wessen Brot sie essen, dann muß man es ihnen beibringen.

Ursula Marschner, 7010 Leipzig

Leserbrief vom 15.2.1991 an die LVZ (3)

Nachdem nun in rasantem Tempo die Erhöhungen der Preise und Tarife in allen Variationen vollzogen sind und noch werden, muß ich doch fragen, was haben wir mit unserem Ruf 'Wir bleiben hier' wohl erreicht? Es ist doch himmelschreiend, was die damaligen Wahlredner der CDU (ich höre sie heute noch) den 'Hiergebliebenen' zumuten [...]. Sollte die Regierung vergessen haben, daß in vier Jahren wieder Wahlen sind? Die 'Hiergebliebenen' vergessen die Enttäuschung nicht!

Lothar Kunze, 7022 Leipzig (vollständige Fassung im Textanhang)

Der Gegensatz von Text (1) und (2) zu Text (3) ist deutlich. Wandel hat stattgefunden auf verschiedenen Ebenen:

- ein Wandel in den Themen: statt Staatstreue nun Kritik am Staat;
- ein Wandel in den Intentionen und Funktionen: statt Integration nun Abgrenzung und Distanzierung; statt Mitwirkung an Propaganda und Indoktrination nun Ausdruck der individuellen Meinung zu Problemen;
- ein Wandel in den Sprachhandlungen und deren Adressierung: statt *Zustimmen* (dem Staat) und *Drohen* (dem Staats- und Klassenfeind) nun *Fragen* und *Klagen* (an den Staat gerichtet) und – gleiche Sprach-

.....
¹ LVZ = Leipziger Volkszeitung. Sie hatte vor der „Wende“ die Bezeichnung „Organ der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“. Das änderte sich im Lauf der „Wende“ in „Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“, später in „Gegründet 1894 als Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“ und lautet heute „Gegründet 1894“.

handlung wie oben – *Drohen* (aber nun gegenüber dem Staat bzw. der Regierungspartei);

- ein Wandel in der Wahl sprachlicher Mittel: So finden wir in Brief (1) und (2) z.B. das integrierende ‘uns’ („gegen unseren Staat“, „boshafte Verleumdungen gegen uns“, „Maßnahmen unseres Staates“, „unsere 40jährige stolze Republik“).

In Brief (3) steht an dessen Stelle der bestimmte Artikel („die damaligen Wahlredner der CDU“, „Sollte die Regierung vergessen haben ...?“).

Sind diese Beobachtungen, die auf der Analyse von drei Leserbriefen beruhen, verallgemeinerbar? Wie war die Situation der Textsorte ‘Leserbrief’ vor der „Wende“? Wie veränderte sie sich? Und wie läßt sie sich heute beschreiben? Dazu soll im zweiten Teil des Aufsatzes unter dem Gesichtspunkt von Dynamisierung und Individualisierung auf der Grundlage von Textanalysen Genaueres gesagt werden.

Um die Textsorte ‘Leserbrief’, wie sie vor der „Wende“ existiert hat, verstehen zu können, muß man sich der Tatsache ihrer Ritualisierung und Operationalisierung bewußt sein. Das wird Gegenstand des ersten Teils des Aufsatzes sein. Während im naiven Verständnis von Zeitungslern Leserbriefe eine Textsorte sind, die der Mitteilung individueller Meinungen in der Öffentlichkeit dient, die also – zutreffend oder nicht – als ein Instrument der Teilhabe am öffentlichen Austausch gilt, handelt es sich bei der in der DDR realisierten Textsorte um ein Instrument zur Herstellung von Schein-Demokratie, zum Vorzeigen von Schein-Individualität. Politische Leserbriefe dienten letztlich, da sie eine rituelle und operative Funktion verfolgten, dem regulativ-integrativen Sprachspiel (Grünert 1984).

1. Die rituelle Funktion von Presstexten

Wollte man im landläufigen Sinn rituelles Sprachhandeln als formelhaftes, sinnenleertes Sprachhandeln verstehen und sprachliche Rituale als sich bis zum Überdruß wiederholende Formen und Formeln (vgl. HDG²), so hätte man damit nicht unrecht, aber man hätte doch nur die Oberfläche ritueller Kommunikation, wie sie sich in der Regel darstellt, erfaßt. Obwohl wahr-

.....
² HDG = Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Vgl. Literaturverzeichnis.

scheinlich jeder Betroffene die kommunikativen Gegebenheiten im offiziellen Sprachgebrauch der DDR als Verwendung der immer gleichen Phrasen bis zum Überdruß beschreiben würde, hätte er damit das eigentliche Wesen ritueller Kommunikation in der DDR noch nicht erfaßt. Ich sehe folgende Prinzipien und Funktionen ritueller Texte, die allgemein und in besonders ausgeprägtem Maße für den öffentlichen Sprachgebrauch der DDR, auch für Leserbriefe, gelten:

– Rituale nehmen Bezug auf Werte und dienen der Bestätigung von Werten, die über den einzelnen und eine Situation hinausweisen (Goffman 1974). In der Regel geht es um den Ausdruck der Überzeugtheit von der Stabilität einer Gruppe (in der DDR: der SED), einer Anschauung (der marxistisch-leninistischen Weltanschauung), einer Lebensform (der Regelung aller Handlungen und Entscheidungen von oben: demokratischer Zentralismus, Parteidisziplin) und der damit verbundenen Normen. Diesem Wertebezug dienen in der DDR auch die politischen Leserbriefe.

– Rituale dienen der Stiftung von Bindungen und – damit verbunden – der Integration in eine Gruppe, eine Anschauung, eine Lebensform. Sie drücken über die Bejahung hinaus Verbundenheit und Teilhabe aus. Wenn man Rituale, auch rituelle Sprachhandlungen, mitvollzieht, fühlt man sich mit den anderen, die die Rituale auch vollziehen, mit deren Auffassungen und mit deren Gruppe verbunden. Alle tun dasselbe. In unserem Fall vollzog sich gemeinsames Tun durch Leserbriefkampagnen, organisierte Zuschriften zu einem aktuellen politischen Thema. Alle taten/schrieben (etwa) dasselbe.³

– Aus dem bisher Gesagten wird bereits deutlich, daß es bei Ritualen immer um Handeln geht: Mitsingen, Mitsprechen, Mitmarschieren als Glied einer Gemeinde, Teilnehmer an einer Versammlung oder an einer Demonstration. Schließlich auch durch Mitschreiben als Leser einer Zeitung, die in der Regel eine Parteizeitung, die der SED oder einer von der SED abhängigen Blockpartei, war. Sandig (1986: 306) beschreibt den Sinn des gemeinsamen Handelns als „gemeinsame Werte durch den Vollzug erleben“.

– Daß Rituale, auch rituelle Texte, Elemente der Inszenierung von Handlungen sind, von Handlungen, in denen nichts zufällig verläuft, gilt auch für Leserbriefe politischen Inhalts in der DDR. Alles wurde nach einem vor-

.....
³ Man vergleiche die große Zahl von Leserbriefen, die nach Starke (1969) die sowjetische Zeitung des Komsomol, „Komsomol'skaja Pravda“, jährlich erhielt. Starke spricht von 2000 jährlich veröffentlichten Leserbriefen, die aber nur ein Prozent der tatsächlich eingesandten ausmachten.

gegebenen, konventionell geregelten Muster vollzogen, von dem man annahm, daß es im Dienste der Sache sinnvoll sei. Die Muster solcher Inszenierungen sind also institutionalisiert und verhaltensnormierend. Zugleich dienen sie aber auch der Entlastung, nämlich der Befreiung vom Zwang zur Originalität und Individualität. Solche Muster nivellieren und binden aneinander, da jeder, der nach dem Muster handelt, dasselbe tut wie der andere. In unserem Fall handelt es sich um das Sich-Einbeziehen-Lassen in Inszenierungen wie Leserbrief-Kampagnen, indem man entweder der Aufforderung zum Schreiben von Leserbriefen folgte oder im vorausseilenden Gehorsam einer zu erwartenden Kampagne freiwillig und nach einem gewohnten Muster zuarbeitete.

– Rituelle Texte sind in der Regel geprägt von Expressivität. Sie dienen nicht bzw. nicht in erster Linie der Sachinformation, sondern dem Ausdruck von Wertbezügen, der Herstellung bzw. Bestätigung von Bindungen, der Integration. Dies läßt sich sicherer und nachhaltiger über Emotion als über Kognition erreichen. Das Expressive hat daran einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Wenn auch viele rituelle Texte in der DDR diesem Anspruch nicht genügten, die Leserbriefe taten es. In ihnen trat Expressivität deutlich hervor (vgl. die Leserbriefe (1), (2), (3)), sicher weil ihnen (neben der Funktion eines Ventils bzw. der Klagemauer für ökonomische Probleme) im politischen Bereich die Funktion des Bekennens und Verurteilens zukam. Daß viele rituell gebrauchte Textsorten in der DDR (Losungen, Gebote, Willensbekundungen) diesen expressiven Charakter nicht hatten oder verloren haben, ist wohl zum einen mit dem mangelnden Anspruch an die Sprachgestalt solcher Wiedergebrauchsrede (Lausberg 1967) zu erklären, zum anderen damit, daß eine Integration aus Gründen der Distanziertheit vom System für viele Menschen nicht mehr in Betracht kam.

– Rituelle Texte dienen der Markierung und Ermöglichung von Übergängen. Sie sind Mittel zur Erleichterung und Bewältigung von Übergangssituationen wie z.B. Statuswechsel in Familie und Beruf sowie im öffentlichen Leben. Im Fall der Leserbriefe waren solche Übergänge: Vorbereitung von öffentlichen politischen Ereignissen (Parteitage, Jahrestage der DDR), Markierung positiv gewerteter öffentlicher Anlässe von nicht direkt politischem Charakter (Jugendfestivals, Sportfeste), Bewältigung von politisch-ideologischen Pannen („Biermann-Affäre“; Herbst 1989). Bekenntnisse,

Stellungnahmen, Urteile und Verurteilungen waren gefordert. Die Leserbriefe (1) und (2) sind Beispiele dafür.

Diese rituellen Funktionen wurden, wie der Bezug auf die Leserbriefe bereits zeigt, von der Presse in der DDR ausgiebig genutzt. Daß dies möglich war – es ist ja nicht der Normalfall von Presstexten –, liegt an Besonderheiten ritueller Kommunikation in der DDR, die ich in den folgenden drei Erscheinungsweisen sehe:

1. Rituelle Texte waren im öffentlichen, vor allem im politischen Sprachgebrauch überrepräsentiert. Es finden sich in Zeitungen und Zeitschriften weitaus mehr rituelle Texte als in vergleichbaren Publikationen pluralistischer Staaten. Sie dienten der Sozialisation und Übersozialisation⁴ im Sinne der Weitergabe von politisch-ideologisch bestimmten Verhaltensanweisungen und Werten (Bálint 1971: 324). Es leuchtet ein, da Weitergabe und Bestätigung, auch von politisch-ideologischen Werten, gut durch Rituale im oben beschriebenen Sinn vollzogen werden kann. Da fast das gesamte Leben politisiert war, liegt es nahe, daß es auch weitflächig ritualisiert war. Die Ritualisierung des öffentlichen Lebens, auch im sprachlichen Bereich, muß als eine Technik der Übersozialisation angesehen werden.

2. Textsorten, die anderwärts keinen rituellen Charakter haben, wurden in der DDR rituell gebraucht, so z.B. Arbeitspläne und Rechenschaftsberichte in Betrieben und Schulen, Kommentare, Leitartikel, offene Briefe und Leserbriefe in der Presse. Die Funktion solcher rituell gebrauchten Textsorten ist primär, Bindungen zu stiften, Zugehörigkeit zu zeigen und Werte zu akzeptieren, mit einem Wort: der Ausdruck von Integration.

3. Alle die verschiedenen, rituell gebrauchten Textsorten weisen in ihrer sprachlich-formulativen Ausführung und z.T. auch in ihren Sprachhandlungen so große Übereinstimmungen auf, daß – bei gleichem Thema – kaum Unterschiede zwischen Texten verschiedener Textsorten festzustellen sind. Arendt (1955) weist auf die wichtige Rolle von Wiederholungen in der Massenpropaganda hin⁵ und Seidel/Seidel-Slotty (1961: VII) sprechen, bezogen auf die

.....
⁴ Übersozialisation nach Bálint (1971: 325): „Nur ein maximal konformistischer Mensch gilt als gutes Medium jenes gesamtgesellschaftlichen Transmissionsvorgangs, auf den alle Einzelaktionen und Leistungskriterien des Totalitarismus ausgerichtet sind.“ Übersozialisation wird von Bálint als Formung des maximal konformistischen Menschen verstanden.

⁵ Arendt (1955: 560): „Wiederholung ist nicht darum ein so wirksamer Bestandteil aller Massenpropaganda, weil die Massen zu dumm wären, oder zu träge, sich etwas zu merken, sondern weil Wiederholung Folgerichtigkeit in der Zeit sichert, die zeitliche Konsequenz, der die nur logisch

Sprache im Nationalsozialismus, von Nivellierung, von der „Umwandlung und Verschmelzung der Sprachstile in einen einzigen“. Gleiches läßt sich für die Sprache der Massenpropaganda der DDR feststellen.

Für die Betrachtung der Textsorte 'Leserbrief' ist vor allem der zweite Punkt interessant: Texte, die nicht genuin rituell sind, also keiner rituellen Textsorte angehören, können rituellen Charakter bekommen. Leserbriefe – nach allgemeiner Vorstellung ein Mittel der Äußerung individueller Meinung in der Öffentlichkeit – werden zu Texten rituellen Handelns, zu Mitteln der Integration. Das war möglich bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Techniken der Sozialisation nicht mehr wirkten. Nach Bálint (1971: 332) tritt eine innere und auch nach außen manifest gemachte Ablehnung des Systems dann ein, wenn eine „ausreichende Herausforderung“ und „eine Erfolgsaussicht“ vorhanden sind. Diese Situation entstand in der DDR im Herbst 1989, und ihre Weiterentwicklung läßt sich am Prozeß des Wandels der Leserbriefe vom Herbst 1989 bis zur Gegenwart deutlich nachvollziehen: Der zumindest zeitweise aus der Übersozialisation ausbrechende Mensch verwendet Texte dieser Textsorte nicht mehr als Mittel ritueller Integration, sondern zur Mitteilung seiner individuellen Meinung und Befindlichkeit.

Ein solch starker Anteil ritueller politischer Kommunikation weist darauf hin, daß im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR das integrative Sprachspiel zusammen mit dem regulativen dominierte. In diese Sprachspiele fügte sich dieser Typ von Leserbriefen ein. Das für den Sprachgebrauch totalitärer Staaten auch zu erwartende persuasive Sprachspiel trat nur reduziert auf. Sein wesentlichstes Merkmal waren die Wiederholungen fest geprägter Ausdrücke (vgl. Arendt, Anm. 5). Ein instrumentales Sprachspiel gab es öffentlich nicht. Es entwickelte sich erst nach der „Wende“, wo – auch in Leserbriefen – einzelne Leser kritische Meinungen äußern (vgl. Leserbrief (3)).⁶

2. Die operative Funktion von Presstexten

Die rituelle Funktion von Presstexten, auch von Leserbriefen in der DDR, darf man nicht isoliert sehen, sondern man muß sie im Zusammenhang mit

.....
unantastbaren Systeme sonst entbehren würden.“

⁶ Nicht immer ist der Charakter des Sprachspiels, in das sich ein Text einfügt, klar zu bestimmen. Brief (3) diente, wenn er – kenntlich oder nicht – im Auftrag einer Partei geschrieben wäre, wieder einem integrativen Sprachspiel.

der operativen Funktion, die diese Texte ebenfalls hatten, betrachten. Dies kann man aber nur, wenn man eine Vorstellung von der Rolle der Presse in totalitären Staaten hat. Was Lenin 1918 in dem Aufsatz „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ forderte, galt bis 1989 auch in der DDR uneingeschränkt, nämlich „die unbedingte Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses“ (Lenin, Werke, Bd. 27, 1987: 260). Ebenso galt die daraus abgeleitete Schlußfolgerung: „Die erste Aufgabe jeder Partei der Zukunft besteht darin, die Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit ihres Programms und ihrer Taktik zu überzeugen“ (Lenin, Werke, Bd. 27, 1987: 231), und es galten die bereits 1902 in dem Aufsatz „Was tun?“ formulierten Aufgaben für die Parteipresse: „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“ (Lenin, Werke, Bd. 5, 1985: 522). Bis zum Ende der DDR sollte der Beschluß des Politbüros der SED vom 29.4.1959 nach dem Willen der Machthaber seine Gültigkeit behalten, der Beschluß, daß jedes Publikationsorgan als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator nicht nur das Denken zu beeinflussen, sondern gleichermaßen Aktion auf allen Gebieten der sozialistischen Umwälzung auszulösen und zu organisieren habe.

Deutlich wird, daß die traditionellen Aufgaben der Massenmedien, die nämlich, der Nachrichten- und Informationsverbreitung und der Artikulierung der öffentlichen Meinung in ihrer Vielfalt zu dienen, auf die Funktion der Vermittlung von Werten und Verhaltensvorschriften verlagert wird, wobei die Wertsetzung immer aus der Sicht der einen Partei, der SED, geschieht. Ebenso werden Informationsauswahl und Informationshorizont nach den Interessen der Partei bestimmt. Die Partei und ihr Instrument, die Presse, sind die dominierenden Größen, die Mitglieder der Gesellschaft, die dominierten. Dominiert werden heißt hier: sich permanent auf die Rolle des Lernenden, Empfangenden, des Unmündigen verwiesen zu fühlen. Stalin (1954: 45) spricht in dem Zusammenhang vom „wir“, den „Führern“, die „die Dinge, die Menschen, die Ereignisse nur von einer Seite, ich möchte sagen, ‘von oben‘“ sehen. Diese Einwirkungsmöglichkeiten von „oben“ werden nach Richert (1958: 139) auf dreierlei Weise genutzt: Die ersten beiden Möglichkeiten – politische Berichterstattung und Kommentierung sowie Lokalberichterstattung – sind dem westlichen Leser, wenn auch in anderer Ausformung, bekannt. Der dritte Bereich ist dem westlichen Betrachter neu: Der Anspruch, Massen nicht nur in ihren Wertsetzungen zu beeinflussen, sondern sie sogar zu bestimmten Handlungen zu aktivieren, soll durch den organisierenden, operativen Teil der

Presse erfüllt werden. Dazu gehören direkte Appelle wie Aufrufe zur Senkung der Produktionskosten, zum Stromsparen, zur verlustlosen Einbringung der Ernte und zur Teilnahme an der Mai-Demonstration. Weiter gehören dazu (bis in die 60er Jahre) öffentliche Kritik und Selbstkritik. Und schließlich zählen auch die Aufrufe zum Wettbewerb dazu. Dabei ist nach Richert (1958: 143) die Presse „ständig bemüht, die von der Partei manipulierten Bewegungen, in die sie die Massen hineinziehen soll, als Produkt der spontanen Initiative der Massen, als Ausdruck des sich selbst organisierenden Volkswillens erscheinen zu lassen“. In diesen Rahmen fügt sich der Leserbrief ein, nach Klaus (1971: 38) ein wichtiges Mittel der Steuerung der „Stellgröße“, wobei Klaus (1971: 35) unter „Stellgröße“ ein agitatorisches Mittel der Erreichung bestimmter Anschauungen versteht. Diese Funktion des Leserbriefes steht ganz im Gegensatz zu der Funktion, die er nach Loreck (1982) in der Bundesrepublik hat. Loreck stellt fest, daß bei Umfragen Leserbriefe in der Regel als Mittel beschrieben werden, das im Grundgesetz festgelegte Recht auf freie Meinungsäußerung zu realisieren und sich ein Mitspracherecht in der Massenkommunikation zu sichern (vgl. auch Bucher 1986: 145). Ähnlich äußert sich Schwinge aus juristischer Sicht (1967: 488) dazu:

Die Leserbriefe sind ein Mittel öffentlicher Auseinandersetzung. Sie sollen Gelegenheit bieten, in Rede und Gegenrede Meinungsstreit vor der Öffentlichkeit auszutragen. Sie können auf diese Weise wesentlich zur Bildung der öffentlichen Meinung beitragen.

Schwinge bezeichnet Leserbriefe als Bestandteil des Persönlichkeitsrechtes. Leserbriefe politischen Inhalts in der DDR waren zu einem beträchtlichen Teil Ergebnisse vorbereiteter, gelenkter Aktionen, die auch der operativen Arbeit dienten – in dem Sinne, daß sie ein Mittel waren, Aktionen und Kampagnen vorzubereiten und zu rechtfertigen.⁷

.....
⁷ Vgl. dazu Richert (1958) und Mueller/Greiner (1969).

3. Die Kommunikationssituation für Leserbriefe in der DDR

Die Kommunikationssituation für Leserbriefe in der DDR läßt sich dem Gesagten zufolge als Situation der Schein-Demokratie beschreiben.

– Leserbriefe waren eingebettet in ein asymmetrisches Adressatenverhältnis, eine „Oben-unten“-Beziehung. Sie wurden organisiert, angeordnet, erkaufte, selbstverständlich zum Teil auch aus eigenem Antrieb geschrieben, und sie folgten, wenn sie politischen Inhalt hatten, von oben angeordneten Normen, inhaltlichen wie sprachlichen. Der offizielle Sprachgebrauch war auch hier das verbindliche Muster. Eine oft proklamierte „Unten-oben“-Beziehung war nur vorgetäuscht. Scheinbar individuelle Leserbriefe dienten als „Feigenblatt“, als Legitimation, auch – vor allem im ökonomischen und technischen Bereich – als „Klagemauer“ und Beschwerdeinstanz. Ähnlich war es in Polen, Ungarn und in der Sowjetunion.⁸

– Leserbriefe politischen Inhalts waren eingebettet in ein System von Mehrfachadressierung. Die „Oben-unten“-Beziehung zu beschreiben, reicht nicht aus, wenn man die Mechanismen der Presse in totalitären Staaten beschreiben will. Gleichzeitig mit der „Oben-unten“-Beziehung wirkte auch eine Art der Mehrfachadressierung, die man „Innen-außen“-Beziehung nennen könnte. Mit „innen“ ist der Kreis indoktriniertes Leser des Inlandes, seltener auch des Auslandes gemeint. Zu den Indoktrinierten gehörten selbstverständlich auch die Schreiber selbst. Zumindest stellen sie sich so dar. „Außen“ betrifft die Nicht-Indoktrinierten des eigenen Volkes, die es noch zu indoktrinieren galt, und vor allem die Mehrheit der ausländischen Leser, an die sich die Propaganda der Zeitung richtete. Einflußnahme wurde also nach innen und nach außen geübt. Das geschah oft mit dem Zynismus, daß die „Innen“-Partner wohl von Beschönigung, Verschleierung und Lüge wußten, es aber für gerechtfertigt hielten, dem Außenstehenden, dem Dritten gegenüber, im Dienste der Sache zu lügen. Dieser Selbstbetrug konnte so weit gehen, daß man den eigenen Lügen glaubte.

Die Adressierung nach „außen“ hatte interessanterweise nicht die Folge, daß man sich sprachlich auf den Empfänger, auf die Erwartungen des Außenstehenden also, einstellte. Vielmehr folgten die Texte den Regeln sprachlicher

.....
⁸ Vgl. dazu Bálint (1971) und Starke (1980).

Indoktrination (Verwendung von festen Formeln, von Wiederholungen und von politischen Termini). Bewußt oder unbewußt muß man die Regeln der Indoktrination immer für wichtiger gehalten haben als die der adressatenbezogenen Propaganda nach außen.

– Leserbriefe waren Teil von Inszenierungen (z.B. Parteitage, Jahrestage u.ä.), also angeordnet, geplant, vorbereitet und kontrolliert. Sie waren das in einem besonders hohen Maße und übertrafen damit sicher alle Formen früherer Inszenierungen, wenn man von der Zeit des Nationalsozialismus absieht (vgl. Püschel 1991: 21). Initiator war im Auftrag der Partei die Presse („oben“). Kampagnen zur propagandistischen Vorbereitung und Rechtfertigung von „Maßnahmen“ waren üblich.

– Leserbriefe wurden als Ausdruck (angeblicher oder wirklicher) kollektiver Meinungen genutzt. Die Absender konnten Gruppen sein (vgl. Briefe 4b, c, d im Textanhang). Zuschriften von Einzelpersonen wurden nur dann gedruckt, wenn sie dem kollektiven Willen entsprachen (Brief 6). Starke (1969: 93) sagt deutlich, daß Leserbriefe sich der kollektiven Meinung zuwenden sollten und diese immer gruppengebunden sei.

– Leserbriefe dienten der Konditionierung des Menschen zur Integration. Verhalten und Bewußtsein sollten im Sinne des totalitären Gesellschaftssystems gelenkt werden. Leserbriefe dienten – neben vielen anderen Texten – auch der Bildung der öffentlichen Meinung unter der „Führung der Partei“. Starke (1969: 108) weist darauf hin, daß Leserbriefe als „besondere Synthese von Individuellem und Gesellschaftlichem“ galten.

– Leserbriefe dienten zudem dem Ziel, Kritik (scheinbar) zuzugestehen. Dabei mußte freilich gesichert sein, daß es sich um eine sogenannte „konstruktive Kritik“ handelte, die „auf der Parteilinie lag“, also nichts Grundsätzliches in Frage stellte, Kritik demnach mit Ventilfunktion, die Presse als Berufungsinstanz und Instanz zur Ableitung von Aggressionen.

Das Fazit dieser Beschreibung: Politische Leserbriefe in der DDR waren ein von „oben“ und „innen“ gewünschtes und reguliertes Mittel der Integration mit ritueller und operativer Funktion in der Hand von Partei und Staat.

3.1 Analyse von Leserbriefen in der DDR vor, während und nach der „Wende“

Mit der „Wende“ eröffnen sich Handlungsfreiräume, auch solche für Dynamisierung und Individualisierung in der Kommunikation. Es werden neben vielen anderen auch kommunikative Muster und Konventionen gebrochen und durch eigene Lösungen ersetzt. So geht auch der Anteil ritueller Kommunikation im offiziellen Sprachgebrauch rapide zurück:

– Viele ehemals weitverbreitete rituelle Textsorten wie Grußworte, Willensbekundungen, offene Briefe werden nicht mehr oder nicht mehr in der üblichen Weise realisiert. Mit der Stabilisierung der neuen Verhältnisse setzen sich neue, auch rituelle Muster durch, z.B. Grußworte, Eröffnungsworte (z.B. bei Ausstellungseröffnungen).

– Bisherige rituelle Textsorten werden entritualisiert und umfunktioniert, z.B. Losungen (Fix 1990) und Lieder. Sie dienen nun – zumindest zeitweise – nicht mehr der Integration, sondern der freien Meinungsäußerung. Das trifft zunächst auch uneingeschränkt auf Leserbriefe zu und vollzieht sich im Rahmen einer Entwicklung, die insgesamt den allmählichen Funktionswandel der Presse von der Agitation und Propaganda zum Informieren und Kommentieren bedeutet. Aus einem regulativ-integrativen Sprachspiel wird – zumindest zeitweise – ein dominant instrumentales. Aus asymmetrischen Beziehungen werden zeitweise symmetrische, um dann allmählich und teilweise in ein neues regulatives Sprachspiel, nun mit hohem persuasiven Anteil, überzugehen. Der dominierende, nur persuasiv agierende Teil ist nicht mehr die Staats- und Parteimacht, sondern es sind die Medien. Daß man sich gegen neue, vermeintlich oder tatsächlich asymmetrische Beziehungen wendet, zeigt Brief (3).

Im folgenden werde ich Leserbriefe, die ich für typisch halte, vergleichend analysieren. Dabei stütze ich mich vor allem auf Leserbriefe aus der lokalen Presse: Ich betrachte die Leipziger Volkszeitung und zur Ergänzung die Sächsische Zeitung (SZ, Dresden) sowie einige Leserbriefe aus dem Neuen Deutschland (ND). Um eine begründete Auswahl aus der Fülle der Leserbriefe zu treffen, habe ich mich auf Zeiten einschneidender Ereignisse konzentriert. Es handelt sich um den VIII. Parteitag der SED 1971, der von großer Bedeutung für die gesamte Entwicklung der DDR unter Erich Honecker war, die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976, die einen Einschnitt im geistigen Leben des Landes bedeutete, und um den Herbst 1989, der das Ende der DDR zur Folge

hatte, sowie die Zeit danach. Ergänzt wird das Material durch einige Leserbriefe zu anderen Anlässen, die die Ideologielastigkeit und den Kampagnecharakter zusätzlich illustrieren.

Die Leserbriefe werden nach den Gesichtspunkten Ziele/Intentionen, Sender und Empfänger, inter- und außertextuelle Bezüge, Gliederung und Sprachhandlungen sowie sprachliche Mittel analysiert und verglichen.

1. Ziele/Intentionen

Leserbriefe vor der „Wende“ dienten der gelenkten Information und Aktivierung sowie der Wertevermittlung und Integration durch Ritualisierung.

a) Information und Aktivierung

– Leserbriefe waren Mittel der Äußerung einer sogenannten öffentlichen Meinung von „oben“ und daher immer Ausdruck dessen, was für die SED von Wichtigkeit war und als Haltung vermittelt werden sollte. Vgl. „Wortmeldungen zum Thema Parteiauftrag“ (5a, b).

– Leserbriefe dienten der indoktrinierenden Vorbereitung und Rechtfertigung bereits beschlossener Maßnahmen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilt waren.⁹ Vgl. den Leserbrief des Kampfgruppenkommandeurs (8) und den von Ursula Marschner (2). Sie dienten der Ankündigung des Gebrauchs von Schußwaffen und der Drohung mit Gefängnisstrafe im Herbst 1989 in Leipzig und zugleich der Rechtfertigung dieser angedrohten Handlungen.

– Leserbriefe wurden gebraucht als Ausdruck des Volkswillens zur Verurteilung von Unerwünschtem, indem sich das „gesunde Volksempfinden“, die „vox populi“ äußerte. Der Leserbrief von Ursula Marschner (2) macht die Verurteilung sprachlich sehr deutlich: „Handlanger“, „Machenschaften“, „Elemente“. Zugleich dienten solche Leserbriefe immer auch der Rechtfertigung (s.o.).

– Leserbriefe waren ein Mittel der propagandistischen Mitteilung nach „außen“. Dies geschah unter dem Motto: Wir (die Partei und das Volk) wissen beide, daß das Gesagte so nicht stimmt. Aber dem Dritten (dem „Feind“, der „BRD“, den „Kapitalisten“) dürfen, ja müssen wir in unserem gemeinsamen Interesse etwas vormachen. Diese Intention ist wohl den Briefen der Künstler von 1976 (7a-f) und dem Brief der Wohnparteiorganisation (11) anzumerken. Es finden sich, wie die sprachliche Analyse zeigen wird, in den Künstler-

.....
⁹ Vgl. Mueller/Greiner (1969).

Briefen Mittel der indirekten Verweigerung von Meinungsäußerung, so z.B. indem man sich hinter Formeln versteckte (7d) oder gar nicht direkt zum Thema sprach (7c).

– Leserbriefe vor der „Wende“ dienten zudem dem Vortäuschen individueller, spontaner Teilnahme am öffentlichen Leben. Das kann man zwar nicht am einzelnen Leserbrief nachweisen, auch wenn manche Texte zu einer solchen Annahme Anlaß geben (6), wohl aber durch die bestätigte Tatsache,¹⁰ daß solche Leserbriefe von Zeitungsredaktionen angeregt oder selbst geschrieben wurden.

b) Wertevermittlung und Integration durch Ritualisierung

– Die Wiederholung der von „oben“ gelenkten Themen diente der „Sicherung von (scheinbarer) Kontinuität in der Zeit“ (vgl. Arendt 1955, Anm. 5). Themen wie die behütete Situation der alten Leute, die Vorzüge des Wohnungsbaus und des Gesundheitswesens tauchten in Abständen immer wieder auf.

Die Wiederholung sprachlicher Mittel ist wohl nicht nur als Ausdruck von Unsicherheit oder Unbeholfenheit der Sprachteilnehmer zu werten, sondern vor allem als Zeichen für deren Integrationsbedürfnis. Sie wollten nicht aus dem Kanon ausbrechen, sich nicht vom Üblichen abheben.

– Es herrschte Übereinstimmung darin, daß das, was gesagt wird – auch in Leserbriefen –, nicht wahr sein muß und inhaltsleer sein darf. Wichtig war nur, daß es in der allen bekannten Form gesagt wurde und daß durch den gemeinsamen Vollzug derselben Mittel Integration erreicht wurde. Diese Funktion verliert sich bereits Anfang Oktober 1989, so z.B. in dem Leserbrief (2), in dem direkt gedroht wird. Jedem Leser war klar, daß er von nun an auf Inhalte achten mußte. Anders war es dagegen in den Briefen der Künstler von 1976 (7a-f). Hier standen die Inhalte: Distanzierung von Biermann, Ablehnung und Verurteilung Biermanns, Bekenntnis zur Kulturpolitik der SED und zum Staat fest. Interessant konnte für den Leser nur noch sein, ob und wie sich der einzelne seiner „Pflicht“ entledigte bzw. wie er sich aus der Affäre zog.

Dagegen zeigten die Leserbriefe vom 15.2.1991 in der LVZ (14, 15, 16, 3) deutlich differenzierte Meinungen zu sehr verschiedenen Themen mit individuellen Anliegen und Stellungnahmen. Die Themen sind genuin

.....
¹⁰ Ich beziehe mich auf ein Gespräch mit der Leserbriefredaktion der LVZ am 25.5.1991, die diesen Vorgang für die Vergangenheit bestätigte.

politisch und nicht erst durch ideologische „Überfütterung“ politisiert, wie das in den Briefen über die Situation der alten Leute in der DDR (4a-e) der Fall ist.

– Immanent haben alle Leserbriefe vor der „Wende“ Anweisungscharakter. Durch die Schilderung von idealen Verhaltensweisen vorbildlicher Personen werden ebenso moralische Forderungen ausgedrückt wie durch die kritische Schilderung von abweichendem Verhalten (4c, 4d, 7e). Diese Forderungen lauten: Verhalte dich genauso, sei genauso ergeben, genauso vorbildlich wie X, bzw.: Distanziere dich vom Verhalten von Y. Beides bedeutete: Folge den Wertvorstellungen der SED.

Vor der „Wende“ entdeckt man von den üblichen Funktionen von Leserbriefen (Böttcher 1961, Bucher 1986) nur (lobende) Kommentare zu öffentlichen Vorgängen und (genehmigte, gewünschte) Kritik. Während der „Wende“ erfüllen Leserbriefe eine neue Funktion: das Eingestehen von Problemen im öffentlichen Leben und – vermehrt – strikt auf den „Feind“ bezogene Kritik. Nach der „Wende“ findet man negative Kommentare zu öffentlichen Vorgängen, Widerspruch, Berichtigung und Ergänzung öffentlicher Mitteilungen und Klagen, die Politik und die Lebensumstände betreffend, aber auch Forderungen, Aufforderungen, Fragen, Appelle, Vorschläge. Wie man sieht, ist das eine deutliche Annäherung an Leserbriefe in der bürgerlichen Presse.

2. Sender und Empfänger

Während Loreck (1982) in ihrer Untersuchung zu dem Schluß kommt, daß Leserbriefe in der Bundesrepublik nicht als repräsentativ für die Gesellschaft gelten können (sie nennt sie nicht ohne Grund „Nischen der Kommunikation“), sollten sie in der DDR unbedingt als repräsentativ angesehen werden. Es zeigt sich ganz deutlich, daß im Rahmen einer Kampagne verschiedene soziale Gruppen als Absender erscheinen, die – zusammengenommen – die Gesellschaft oder einen Ausschnitt aus ihr repräsentieren sollen. Das wird deutlich, wenn man die Absender von Leserbriefen an die LVZ vom Oktober 1989 betrachtet: Da findet man den jungen Maurer, der in der Leipziger Innenstadt arbeitet und gleichzeitig Stadtbezirksabgeordneter der FDJ ist, den Christen, der CDU-Mitglied ist, den Verlagsdirektor, dessen Verlag in der Innenstadt beheimatet ist, den Vorsitzenden einer Friseurgenossenschaft im Stadtzentrum, die Mitglieder einer Gruppe des Demokratischen Frauenbundes, einen Dozenten der Rechtswissenschaft der ebenfalls im Zentrum gelegenen Universität, drei Privatpersonen und – Krönung des Ganzen – den schon

erwähnten Kampfgruppenkommandeur (8). Die Briefe der Künstler im Fall Biermann spiegeln die in Leipzig stark repräsentierten Künste wieder: Musik, Literatur, Malerei und Theater.

Später dann findet man in den Briefen, wenn überhaupt Angaben gemacht werden, eine eher zufällige Vielfalt: Ärztin, Staatsbürgerkundelehrer, Grafiker, Dorfbewohner, Genosse (Mitglied der SED), „nichtorganisierter Jugendlicher“. Daß Briefe von privaten Einsendern sehr wohl organisiert oder gar von Journalisten selbst geschrieben sein konnten, legen die Briefe (2) und (6) nahe. Diese Art des Vorgehens wurde in einem Gespräch mit Leserbriefredakteuren der LVZ (s.o.) bestätigt. Solche Briefe waren nicht Ausdruck eines individuellen Bedürfnisses nach Teilnahme am öffentlichen Leben. Die Sender waren umfunktionierte zu „gesellschaftlichen Institutionen“.

Die Anrede von Leserbriefen, soweit sie vorhanden war, ist von den Redakteuren der LVZ in der Regel gestrichen worden. Sie lautete nach deren Aussage sehr oft „Liebe LVZ“. Dennoch ist natürlich Mehrfachadressierung anzunehmen. Die Zeitung wird als der direkte Partner angesprochen, die Leser der Zeitung werden als indirekte Partner ebenso mitgedacht wie die angestrebte Öffentlichkeit und auch die angesprochene gelobte oder kritisierte Instanz. Es ist als sicher anzunehmen, daß auch die die Zensur ausübende Instanz, die Redakteure selbst, der Chefredakteur oder die Parteileitung als Empfänger mitgedacht wurden, denen man es mit der Schere im Kopf recht machen wollte oder mußte, um gedruckt zu werden.

3. Inter- und außertextuelle Bezüge von Leserbriefen

Loreck (1982) stellt für Leserbriefe in der Bundesrepublik fest, daß sie in erster Linie auf intertextuelle Bezüge, z.B. auf Zeitungsartikel, auf andere Leserbriefe und auf Themenvorgaben anderer Medien aufbauen. Erst dann folgen außertextuelle Bezüge. Sie nennt als Beispiel medienunabhängig gewonnene Erfahrungen. Leserbriefe in der DDR vor der „Wende“ zeigen seltener Bezüge zu anderen Zeitungstexten, die etwa auf eine Mediendiskussion schließen ließen. Sie werden eher auf Befragung und Veranlassung hin geschrieben, also in außertextuellen Bezügen. Das ändert sich während der „Wende“. Da eine intensive Auseinandersetzung mit den Medien eintritt, die nun endlich etwas zu sagen haben, wird auch in eigenen Äußerungen darauf Bezug genommen: auf die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ etwa, auf Fernsehdiskussionen, auf „offene Briefe“, auf den eigenen, entstellte wiedergegebenen Leserbrief z.B., und auch auf andere Leserbriefe. In der LVZ vom 15.2.1991 findet man z.B.

folgende Einleitungsformeln: „Die in oben genannter Zuschrift geäußerte Meinung ... darf nicht unwidersprochen bleiben“ (14) und „Mit Ärger las ich den Brief von...“ (15). Nun entstanden wirkliche Mediendiskussionen.¹¹ Diese Einleitungssätze sind nicht gleichzusetzen mit dem von Klaus Schwabe (1) verwendeten Eingangssatz „Mit Empörung las ich ...“. Der Öffentlichkeit war bekannt, daß Schwabe den Bezug zu einer offiziell geäußerten Parteimeinung in offizieller Funktion herstellte.

4. Gliederung der Texte und Sprachhandlungen

Zum Grundmuster von Leserbriefen gehört eine Dreigliederung, deren Reihenfolge nicht streng festgelegt ist. Es liegt nahe, daß der Teil 'Vorstellen der schreibenden Person' als Einführung am Anfang steht. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall. Aus Gründen der Kürze oder weil die Person bereits durch ihren Namen identifiziert ist (7a-f), wird dieser Teil oft nicht ausgeführt bzw. auf die Nennung von Namen und/oder Beruf und/oder Ortsangabe am Ende des Briefes reduziert. In öffentlichen Briefen scheint dem einführenden Teil mehr Gewicht beigemessen zu werden (11). Man findet ihn dort häufiger. Der Teil 'Darlegen von Tatsachen und Problemen', der informative Teil also, ist von der Sache her unentbehrlich. Um seinetwillen wird der Brief geschrieben. Umso auffälliger ist es, wenn dieser Teil wie in (8) einmal fehlt.

Der Ausdruck von Forderungen, Appellen, Fragen, Wertungen als ein dritter, insgesamt wertender Teil fehlt ebenfalls kaum, muß aber nicht explizit ausgeführt werden. Die im informativen Teil mitgeteilten Tatsachen können bereits als Wertung verstanden werden. Dennoch ist die Untersuchung von expliziten Sprachhandlungen der geeignetste Ansatz, um den dritten Teil zu beschreiben.

a) Leserbriefe vor der „Wende“

Das 'Vorstellen' wird durch die Nennung der Namen (Künstler-Briefe) bzw. durch die Verbindung von Namen und Funktionen (s.o.) vollzogen. Damit sind Personen, die als repräsentativ gelten, bereits identifiziert. In anderen Fällen, in denen die Personen keine öffentliche Bedeutung haben, wird die Repräsentanz durch einen einleitenden Teil erreicht. So in den Leserbriefen

.....
¹¹ Die Diskussionen gehen auf weit zurückliegende Äußerungen ein. So findet man in der LVZ vom 6./7. Juli 1991 einen Leserbrief, der Bezug nimmt auf den von Rotzsch am 23.11.1976 veröffentlichten Leserbrief (7c). Im Zusammenhang mit der Diskussion um Rotzschs Stasi-Vergangenheit fragt die Schreiberin: „Übrigens: Weiß man in der LVZ noch, wie sich Herr Rotzsch am 23. November 1976 in dieser Zeitung gegen Biermann und für den sozialistischen Staat aussprach?“

„Damit keiner allein ist“ (4a-e). Sie stehen in einem Block zusammen, dessen einleitender Teil (4a) zugleich die Intention der Zeitung, zu *loben* und zu *beruhigen*, und das Vorstellen der Personen übernimmt. Ergänzt wird dieser Teil durch ein kommentierendes *Feststellen* am Schluß (4e): „Niemand ist bei uns allein“. Alle Leserbriefe dieser Zusammenstellung enthalten einen informativen Teil, so in (4b) „den ganzen Tag ist diese flinke kleine Frau auf den Beinen“ und einen wertenden Teil (4b): „Wir alle schätzen Anna Mietz ...“. Wir finden Sprachhandlungen zum Ausdruck von *Wertschätzen*, von *Stolz*, von *Verehren* und von *Fordern*: „Keiner soll sich verlassen fühlen“.

In der Leserbriefzusammenstellung „Wortmeldungen zum Thema Parteauftrag“ (zwei Beispiele daraus: 5a, b) ist die Situation anders. Die Vorstellung geschieht durch die Nennung von Namen und Funktionen. Dann folgt ein informativer Teil. Ein explizit wertender Teil dagegen fehlt. Dem geübten Leser war aber bewußt, daß diese Briefe dadurch fordernd wirken sollten, daß sie veröffentlicht wurden. Die Schilderung der Probleme bei der Erfüllung von Parteaufträgen sollte die Leser bei der Lösung ihrer Aufträge ermutigen und sie beraten.

In den Briefen der Künstler (7a-f), deren Absender durch Name und Beruf völlig identifiziert sind, gehen informativer und wertender Teil ineinander über, wobei die Wertungen aber überwiegen. Das liegt im Wesen der Kampagne, die Stellungnahme im Sinne von Distanzierung forderte. Wir finden daher die Sprachhandlungen VERURTEILEN (Biermann), MAHNEN („uns alle“), ZUSTIMMEN (dem Staat), WERTEN (den Staat positiv, Biermann negativ) und LOBEN (des Staates). Letzteres ist eine nicht selten geübte Methode (7c): Um sich dem Verurteilen einer Person oder Situation zu entziehen, tat man das Gegenteil – man lobte den Staat, die Partei und sprach damit natürlich indirekt doch ein negatives Urteil über die Person oder Situation aus.

b) Leserbriefe im Sinne des alten Systems während der „Wende“

Ich beziehe mich auf die Leserbriefe (8, 9, 10, 11). In all diesen Briefen wird die schreibende Person als Institution vorgestellt (Vertreter einer Gruppe, Berufspartner, Weltanschauung u.ä.). Das ist für die Zeitung wichtig, da es sich um repräsentativ gemeinte Briefe handelt. Der informative Teil kann fehlen, so im Brief des Kampfgruppenkommandeurs (8), der nur aus Wertungen und Forderungen besteht: VERURTEILEN, DAFÜR SEIN, DAGEGEN SEIN, SICH BELÄSTIGT FÜHLEN, ERWARTEN, BEREIT und WILLENS SEIN, jdm. das RECHT ABSPRECHEN. Die Kenntnis der Situation wird voraus-

gesetzt. Die Wertungen sind das, weshalb der Brief geschrieben wurde. Ordnet man die Wertungen, die in diesem und anderen Briefen vom Oktober 1989 durch explizite oder implizite Sprachhandlungen vorgenommen werden, so findet man folgende Gruppen:

VERSICHERN, WÜNSCHEN gerichtet an E. Honecker	= staatsbezogen
DAFÜR SEIN, BEREIT SEIN, DANKBAR SEIN	= staatsbezogen
VERURTEILEN, DAGEGEN SEIN, jemandem das RECHT ABSPRECHEN, FÜHLEN, ABLEHNEN	= auf die eigene Person bezogen (Wünsche, Gefühle)
WARNEN, FORDERN, ERWARTEN	= auf den „Gegner“ bezogen

c) Leserbriefe mit dem Trend zur Individualität während der „Wende“

Ich beziehe mich auf Beispiele aus der Sächsischen Zeitung vom Oktober und November 1989. Belege aus dieser Sammlung sind die Briefe (12) und (13). Es werden insgesamt Namen und Wohnorte, selten der Beruf genannt. Die Zusammenstellung ist aber nicht repräsentativ gemeint (s.o.). Inhalte sind wichtig, sie fehlen nie. Die in diesen Briefen vorhandenen Sprachhandlungen, die mit WERTEN und FORDERN zu tun haben, sind vor allem: BEREITSCHAFT AUSDRÜCKEN, VORSCHLAGEN, FORDERN, ERWARTEN, WÜNSCHEN, WOLLEN, HOFFEN FRAGEN, APPELLIEREN. Adressat sind in der Regel die anderen Leser. Selten wird eine Instanz von „oben“ angesprochen. Die Sprachhandlungen und Zielrichtungen sind deutlich verändert und auf Zukünftiges, Aktives ausgerichtet.

d) Leserbriefe nach der „Wende“

Hier beziehe ich mich auf Leserbriefe aus der LVZ vom Februar 1991. Als Belege sind (3, 14, 15, 16) im Material enthalten. In diesen Briefen werden nun Berufe und Funktionen nicht mehr genannt. Informationen verschiedenster Art und von großer Vielfalt werden immer gegeben. Die häufigsten wertenden und fordernden Sprachhandlungen ergeben folgende Liste: VORSCHLAGEN, FRAGEN, KLAGEN, FORDERN, AUFFORDERN, MAHNEN, FESTSTELLEN, RICHTIGSTELLEN. Die Sprachhandlung FRAGEN ist in elf von siebzehn Texten vertreten und füllt die verschiedensten Funktionen aus. Vor allem Brief (3) macht mit sieben Fragesätzen die Vielfalt der Funktionen von

FRAGEN in den neuen Leserbriefen deutlich. Man findet es als VORSCHLAGEN, ANKLAGEN, MAHNEN, als ÄUSSERN von Sorge, als BESCHREIBEN von Situationen und als VORWERFEN.

Es ist denkbar, daß diese offene Form FRAGEN im Dienste anderer Sprachhandlungen gewählt wurde, weil FRAGEN mit seinem dialogischen Charakter dringlicher als andere Sprachhandlungen Reaktionen fordert.

5. Sprachliche Mittel

a) Leserbriefe vor der „Wende“

Leserbriefe politischen Inhalts vor der „Wende“ – ich beziehe mich vor allem auf die Beispiele (7a-7f) – zeigen, daß ihre Schreiber verschiedene Strategien der Anpassung verfolgten. Es versteht sich, daß die Strategien und sprachlichen Mittel ihrer Ausführung nicht immer in reiner Form auftreten. Viel häufiger sind sie gemischt.

1. Die formelhafte, hochabstrahierte Sprache als Zitat wurde als Deckmantel benutzt. Man drückte nicht sich selbst aus, sondern zitierte gleichsam. Brief (7d) besteht ausnahmslos aus solchen Formeln. Kein individuelles Element der Sprachgestalt ist zu entdecken. Das Pronomen *ich* taucht erst im letzten Satz des Briefes auf, wo es ganz und gar unvermeidlich ist. Beispiele: „imperialistische Kreise verstärken ihre Kampagne, realer Sozialismus in unserer Republik, demagogische Auslegung und Verdrehung humanistischer Prinzipien, historische Pflicht unserer Gesellschaftsordnung, Recht des sozialistischen Staates, konkrete Formung dieser Prinzipien, Interessen des sozialen Fortschritts, Bedingungen des internationalen Klassenkampfes, sich objektiv in diese Aktivitäten einfügen, Bürger unseres sozialistischen Staates, kritische Schärfe, unversöhnlich gegen die imperialistische Reaktion, schöpferische Kritik, Gestaltung unserer neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, Strategie und Taktik des Klassenkampfes, auf den Boden des Klassenfeindes stellen, Maßnahmen unseres Staates herausfordern, Bürger dieses Staates“.

2. Häufig benutzten Schreiber die Sprache der Integration und Unmündigkeit. Sie wälzten auf diese Weise Verantwortung und Entscheidung ab und verleugneten sich derart als selbständige Individuen, nahmen sich jedoch als Person nicht aus dem Text heraus. Der Schreiber im Brief (7c) bezieht sich, indem er von sich und seiner Arbeit spricht, direkt ein („ich“, „in meiner Eigenschaft als“). Eine Vielzahl sprachlicher Mittel drückt jedoch Integration und geradezu Unterwürfigkeit aus: „bin ich aufrichtig dankbar“, „für die umfassende Unter-

stützung ... durch unseren Staat“, „im direkten und vertrauensvollen Gespräch mit den zuständigen staatlichen Stellen“, „(Kritik) an unserem Staat“, „unsere sozialistische Gesellschaft“.

3. Eine dritte Möglichkeit war es, die Sprache der Abgrenzung und Verurteilung zu benutzen. Durch die Verurteilung anderer mit vorgegebenen Formeln hob man sich selbst ab und stellte implizit für die eigene Person positiven Kontrast her. Je stärker die Verurteilungsformeln, desto gefestigter die eigene Position und desto betonter der eigene Wert. Diese Strategie wurde oft in Verbindung mit der zweiten angewendet, so in dem Brief (7a):

Integration	Abgrenzung
„unser Staat“	„jener Biermann“
„unsere Arbeiter, Bauern und unsere Intelligenz“	„einige Künstler und Schriftsteller“
„opfervolle Arbeit der Millionen Menschen“	„Fremdling, Sammelsurium rechter und linker Dogmen“
„unser Land“	„kleinbürgerliche Richtungen“

b) Leserbriefe während und nach der Wende

Ich ziehe Briefe aus der LVZ vom Februar 1991 heran (3, 14, 15, 16), außerdem zwei Briefe aus der Sächsischen Zeitung (12, 13). Es zeigt sich bei der Analyse dieser Briefe deutlich, daß die alten Formeln verschwunden sind. An ihre Stelle treten Mittel der Anschaulichkeit, mehr oder weniger gelungene Bilder, so in Brief (12) „Wer die Wurst essen will, muß auch das Schwein füttern“ für die Tatsache, daß man sich selbst helfen muß. Und in Brief (13) das Bild von den blühenden Bäumen, den Rosen, Tulpen und Nelken, den einfachen Feldblumen, mit denen sich der Sozialismus verträgt.

Vor allem aber findet man an der Stelle der alten Leerformen neben umgangssprachlichen Elementen („Ossis“, „Wessis“, „locker machen“) nun eine Fülle neuen, fachbezogenen Wortschatzes, der vorwiegend aus dem Rechtswesen und der Wirtschaft sowie aus der Politik stammt. Ausgewählte Beispiele für diese Gruppe sind die Briefe (3, 14, 15, 16). Beispiele: „Verfassungs-“, „Verwahrungsgemeinschaft“, „Landkreis“, „Verfassungs- und Rechtsausschuß“, „Landtag“, „Kontovertrag“, „westliches Kapital“, „sozial Schwache“, „Arbeitslose“, „Angleichung“.

Zu dieser Gruppe gehören auch neue Wendungen: „Finanzierung der Einheit“, „sich in die Tasche greifen lassen“, „miese Geschäftemacher“, „verlänger-

ter Arm der Rüstungsindustrie“, „freie Marktwirtschaft“, „finanziell schwache Ostländer“, „Einlösen der Wahlversprechen“, „Minus-Tarif“.

Diese neuen Wörter und Wendungen sind für den Benutzer alles andere als leer. Er hat damit zu tun, die neuen Inhalte zu verstehen und die Ausdrücke in der richtigen Weise anzuwenden. Sie sind für den Benutzer unumgänglich. Wenn er sich in den neuen Themenbereichen bewegen will, muß er sie kennen. Hier setzt wieder eine Stabilisierung des Textmusters ein, nun allerdings aus inhaltlichen Gründen, nicht aus solchen der verordneten Ideologie.

Ich fasse nun die Ergebnisse der Analyse zusammen. Ziele/Intentionen, Sender-Empfänger-Beziehung, inter- und außertextliche Bezüge, Gliederung und Sprachhandlungen und sprachliche Mittel von Leserbriefen wurden untersucht. Alles was zu diesen Punkten über Leserbriefe vor der „Wende“ gesagt werden mußte, gilt für die Gegenwart nicht mehr. Leserbriefe haben gegenwärtig weder eine rituelle noch eine im Leninschen Sinne operative Funktion. Sie sind tatsächlich zeitweise Instrumente eines instrumentalen Sprachspiels, mit den Einschränkungen, die im Wesen der Medien liegen. Der Leser empfindet und nutzt sie nun als Mittel, sich und sein Anliegen auszudrücken. Er sucht die öffentliche Diskussion. Die geänderten Ziele und Funktionen haben bewirkt, daß sich in einem neuen Verständnis von Sender- und Empfänger-Beziehung die Themen, Sprachhandlungen und sprachlichen Mittel ändern.

Kommen wir zu Assmann und zum Anfang dieses Beitrags zurück: Man kann an den Leserbriefen tatsächlich beobachten, wie sich kollektiver Sinn dynamisierte und – das zeigen die Leserbriefe (3, 12, 13) deutlich – individualisierte. Das gewisse Maß an Freiheit, das die „Wende“ brachte, erlaubte Normveränderungen, in unserem Fall die Flexibilisierung des Textmusters ‚Leserbrief‘.

Literatur

- Arendt, H. (1955): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Stuttgart.
- Assmann, A. (1986): „Opting in“ und „opting out“. Konformität und Individualität in den poetologischen Debatten der englischen Aufklärung. In: Gumbrecht, H.U./K.L. Pfeiffer (Hrsg.): *Stil. Geschichten und Funktionen eines kulturwissenschaftlichen Diskurselements*. Frankfurt/M., S. 127-143.
- Bálint, B. (1971): Funktionswandel der Massenmedien in totalitären Systemen. Leserbriefe in der Parteipresse Ungarns. In: Ronneberger, F.: *Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen*. Bd. IV. Stuttgart, S. 319-355.

- Böttcher, J. (1961): Der Leserbrief in der Presse der Bundesrepublik Deutschland. Erlangen, Nürnberg.
- Bucher, H.-J. (1986): Pressekommunikation. Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation aus linguistischer Sicht. Tübingen.
- Fix, U. (1990): Der Wandel der Muster – der Wandel im Umgang mit den Mustern. Kommunikationskultur im institutionellen Sprachgebrauch der DDR am Beispiel von Losungen. In: Deutsche Sprache 18, S. 332-347.
- Goffman, E. (1974): Das Individuum im öffentlichen Austausch. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung. Frankfurt/M.
- Grünert, H. (1984): Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte in ihrer Verflechtung. In: Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. Hrsg. v. Besch, W./J. Reichmann/S. Sonderegger. Berlin, New York, S. 29-37.
- Günther, R. (1973): Feindbild Bundesrepublik aus der Sicht der DDR. Politische Text- und Bildsammlungen für Schule und Unterricht. Bonn, Bad Godesberg.
- Hahn, F. (1978): Lieber Stürmer. Leserbriefe an das NS-Kampfblatt 1924-45. Stuttgart. Handbuch für Volkskorrespondenten der Leipziger Volkszeitung. Leipzig 1975.
- Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Leipzig 1984.
- Hellmann, M. W. (1989): Zwei Gesellschaften – zwei Sprachkulturen? Acht Thesen zur öffentlichen Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Forum für interdisziplinäre Forschung 2/1989, S. 27-38.
- Ingwer, P. (1990): Rituelle Kommunikation. Sprachliche Verfahren zur Konstitution ritueller Bedeutung und zur Organisation des Rituals. Tübingen.
- Klaus, G. (1971): Sprache der Politik. Berlin.
- Knuf, J. (1980): Ritualisierte Kommunikation und Sozialstruktur. Hamburg.
- Lausberg, H. (1967): Elemente der literarischen Rhetorik. München.
- Lenin, W.I.: Was tun? In: Werke, Bd. 5, Berlin 1985, S. 355-551.
- : Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Werke, Bd. 27, Berlin 1987, S. 225-268.
- Loreck, S. (1982): Leserbriefe als Nische öffentlicher Kommunikation. Münster.
- Mueller, E.F./P. Greiner (1969): Mauerbau und Neues Deutschland. Die Vorgeschichte des Baus der Berliner Mauer in der Parteipresse der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin.
- Püschel, U. (1991): Zeitungskommunikation unter gelockerter Zensur. Die Zeitung als Organ der öffentlichen Meinung (1842). In: Folia Linguistica 25, S. 1-26.
- Richert, E. (1958): Agitation und Propaganda – das System der publizistischen Massenföhrung in der Sowjetzone. Berlin.
- Ronneberger, F. (1971): Sozialisation durch Massenkommunikation. In: Ronneberger, F. (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Bd. IV. Stuttgart, S. 32-101.
- Rytlewski, R./D. Kraa (1987): Politische Rituale in der Sowjetunion und der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 3 (1987), S. 33-48.
- Sandig, B. (1986): Stilistik der deutschen Sprache. Berlin, New York.

- Schwinge, E. (1967): Der Leserbrief und seine rechtliche Beurteilung. In: Esser, J./H. Thieme (Hrsg.): Festschrift für Fritz von Hippel zum 70. Geburtstag. Tübingen, S. 479-490.
- Seidel, E./I. Seidel-Sloty (1961): Sprachwandel im Dritten Reich. Halle, Saale.
- Stalin, V.I. (1954): Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler. Berlin.
- Starke, K. (1966): Der Leserbrief in der Komsomolskaja pravda unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Meinung. Leipzig.
- (1969): Zeitung – Leserbrief – öffentliche Meinung. Leipzig.

Textanhang

(1) LVZ 23.11.1976

Mit Empörung las ich vom feindseligen Verhalten des Herrn Biermann gegen unseren Staat und seine Erbauer. Statt Kritik – boshafte Verleumdung gegen uns; auch das Mäntelchen von Beteuerungen vermag das nicht mehr zu beschönigen. Ich verurteile diese Position, denn sie dient dem Klassenfeind. Ich stimme den Maßnahmen unseres Staates zu.

Klaus Schwabe, Bildhauer

(2) LVZ 9.10.1989

Wie oft noch sollen sich diese Störungen der Ordnung und Sicherheit wiederholen? Weshalb bringt man diese Handlanger, die von der BRD aufgefordert werden, die innere Ruhe zu stören, nicht hinter Gitter, denn dort gehören sie hin? Unsere 40jährige stolze Republik hat diese Machenschaften nicht verdient. Wenn diese Elemente, denn anders kann man diese Leute nicht bezeichnen, nicht begreifen wollen, wessen Brot sie essen, dann muß man es ihnen beibringen.

Ursula Marschner, 7010 Leipzig

(3) LVZ 15.2.1991

Zu Preis- und Tariferhöhungen

In allen Variationen vollzogen

Nachdem nun in rasantem Tempo die Erhöhungen der Preise und Tarife in allen Varianten vollzogen sind und noch werden, muß ich doch fragen, was haben wir mit unserem Ruf „Wir bleiben hier“ wohl erreicht? Es ist doch himmelschreiend, was die damaligen Wahlredner der CDU (ich höre sie heute noch) den „Hiergebliebenen“ zumuten.

Was ist eigentlich der Einigungsvertrag noch wert, wenn man an die geplanten Mieterhöhungen ab Juli 1991 denkt? Was sind die Rentner wert im Vergleich mit den Asylanten? Was hat das Sparen von Energie für Anreiz, wenn man dafür mehr zahlen muß?

Was hat ein Rentner für Chancen bei den geplanten Kohlepreisen? Betriebskosten bis eine DM pro Quadratmeter – sind wir Freiwild? Sollte die Regierung vergessen haben, daß in vier Jahren wieder Wahlen sind? Die „Hiergebliebenen“ vergessen die Enttäuschung nicht!

Lothar Kunze, 7022 Leipzig

(4) ND 14.12.1971

(4a) Damit keiner allein ist

Viele Briefe aus unserer Postmappe liegen vor mir, in denen ein Gedanke immer wieder zum Ausdruck kommt: In der sozialistischen DDR sind die alten Bürger keine Außenseiter. In unserem Staat spüren sie, daß jeder Mensch, auch wenn er schon das Rentenalter erreicht hat, geschätzt und auch noch gebraucht wird. Und durch diese Achtung und die Fürsorge unseres Staates fühlen sich die Bürger im höheren Lebensalter geborgen, empfinden sie das Herzliche und Menschliche in den neuen Beziehungen der Menschen untereinander.

(4b) Die Arbeit ist mein Leben

Zum Beispiel schreibt unsere Leserin Hermine Böhk aus Altentreptow über die 69jährige Anna Mietz: „Den ganzen Tag ist diese flinke kleine Frau in unserem Städtischen Kindergarten unermüdlich auf den Beinen. Sie fegt und wischt, und niemals ruhen ihre Hände, die in ihrem langen Leben schon viele schwere Arbeit getan haben. Morgens nimmt sie die kleinen Frühaufsteher in Empfang und betreut sie, bis die Erzieherinnen kommen. Manchmal ist sie sogar am Sonntag im Kindergarten, um die Vögel und Fische zu füttern. Wir alle schätzen Anna Mietz und möchten ihre Mitarbeit nicht missen. Und sie selbst sagt: „Die Arbeit ist der Inhalt meines Lebens. Ich freue mich, daß ich immer noch gebraucht werde.“

(4c) Das Wohl aller im Auge

Oder da schreibt unser Leser F. Haake darüber, wie in der kleinen Gemeinde Dautzschen im Kreis Torgau, als der Bürgermeister infolge einer Erkrankung für längere Zeit in eine Heilstätte mußte, sein Ratskollege Kleiner die Geschicke des Dorfes in seine Hände nahm. „67 Jahre ist er alt, und immer noch steht er im Arbeitsprozeß“, heißt es im Brief unseres Lesers. „Und daneben ist er schon seit zehn Jahren Vorsitzender der Nationalen Front und hat großen Anteil an den Erfolgen, die zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Ort erreicht wurden.“

Verehrung für seine Mutter spricht aus den Zeilen des Genossen Horst Berthold aus Karl-Marx-Stadt. „Seit 1945 ist meine Mutter Zeitungszustellerin, und auch heute noch, mit 75 Jahren, erfüllt sie gewissenhaft ihre Aufgaben. Zweimal wurde sie für ihre gute Arbeit als Aktivist ausgezeichnet. Darauf sind wir Kinder stolz, die sie zu tüchtigen Menschen erzogen hat.“

(4d) Sie fühlt sich geborgen

Aus Hermsdorf in Thüringen berichtet unser Leser Albrecht Schröder, wie zwei junge Leute der 86jährigen Rentnerin Friede Geisenhainer eine große Freude bereiteten. Alfred Herling und Horst Peukert sägten und spalteten Feuerholz und stapelten es im Schuppen. Auch der Wohnung der Rentnerin gaben die jungen Helfer ein freundliches Aussehen, indem sie Fenster strichen. „Eine Vergütung für diese Arbeit“, schreibt unser Leser, „lehnten beide ab. Alten Menschen zu helfen – so sagten sie –, das sei doch für sie ganz selbstverständlich“.

(4e)

Was verbirgt sich hinter solch relativ nüchternen Worten in allen diesen Leserbriefen? Die älteren Bürger haben bei uns die Hilfe der Gesellschaft. Sie sorgt sich mit besonderer Liebe um alle jene Menschen, hinter denen ein langes Arbeitsleben liegt. Niemand ist bei uns allein.

Susanne Gersdorff

(5) LVZ 17.12.1971

Wortmeldungen zum Thema Parteiauftrag

(5a) Muß erfüllbar sein

Erfüllbar – das ist für mich ein wichtiges Stichwort beim Parteiauftrag. Was wir über den Auftrag von Genossin Oberholzer (ND vom 29. November) erfahren, ist meiner Meinung nach nicht typisch für unsere Partei. Aber auch wir haben in dieser Hinsicht schon manchmal etwas nicht bis zu Ende überlegt. Vor einiger Zeit gaben wir einem Genossen den Auftrag, den Mitgliedern der FDJ-Organisation in unserem Bereich zu helfen, ihre Arbeit wirksamer zu gestalten. Der Genosse nahm den Auftrag zwar an, gab sich auch die größte Mühe, aber wir mußten bald feststellen: Diese Aufgabe war von einem allein nicht zu bewältigen. Deshalb wurde noch ein anderes Mitglied dafür eingesetzt.

Hartmut Holznagel, Hauptabteilung Rationalisierung, Warnowwerft Rostock

(5b) Kollegen überzeugt

Früher war es in unserer Abteilungsparteiorganisation üblich, Parteiaufträge mehr nach der Anzahl und weniger nach dem Inhalt zu bewerten. Diese Zahlenspielerei haben wir bald abgeschafft. Bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms unserer Parteigruppe wurde festgelegt, welcher Genosse für die Erfüllung der einzelnen Punkte verantwortlich ist. Ich erhielt beispielsweise den Auftrag mitzuhelfen, die Neuerertätigkeit auf die Rationalisierung der Montage eines Verpackungsautomaten zu lenken. Da ich selbst leidenschaftlicher Knobler bin, ist mir dieser Auftrag „auf den Leib geschneidert“. Die regelmäßigen Rechenschaftslegungen in den Mitgliederversammlungen helfen mir, den Parteiauftrag nicht als eine technisch-organisatorische Aufgabe zu betrachten, sondern als wichtige Arbeit mit den Menschen.

Heinz Däbritz, Montageschlosser, VEB Schokopack, Dresden

(6) LVZ 8.9.1973

Das hat mich sehr bewegt

In den Ferien hatte ich mit meinem Enkel Michael ein interessantes Gespräch, das mich sehr bewegt hat. Wir unterhielten uns über seinen künftigen Beruf, seine Vorstellungen von seinem Leben. Michael ist 10 Jahre alt und besucht seit 3 Jahren die Musikschule. In seinem Leben soll die Musik eine große Rolle spielen. Es gibt aber auch viele andere Berufe, die ihn locken. Im Spaß haben wir seinen Lohn aufgeteilt und gemeinsam überlegt, wie lange man für eine größere Sache sparen muß.

Plötzlich sagte Michael: „Wir haben das Geld für den Mitgliedsbeitrag vergessen, denn bis dahin bin ich Genosse.“

Ist das nicht ein schönes Ergebnis der gemeinsamen Erziehung zu Haus und in der Schule?

Hanni Weber, 725 Wurzen

(7) LVZ 23.11.1976

Wir brauchen keine Kritik von „Fremdlingen“

Weitere Äußerungen Leipziger Kulturschaffender

(7a) Der Fall Biermann hat für mich zwei Seiten

Schon bevor unser Staat ihm das Recht entzog, in der DDR zu wohnen, hat er sich selber bei seinem Auftritt in Köln als „Fremdling im eigenen Land“ bezeichnet. Also was will er noch hier? Hätten sich unsere Arbeiter, Bauern und unsere Intelligenz und vor allem die Jugend wie jener Biermann als Fremdlinge gefühlt, befänden wir uns alle wohl noch im Urzustand von 1945. Die Millionen Menschen, die seit damals durch ihre opfervolle Arbeit unser Land bewohnbar gemacht haben, brauchen die Kritik von „Fremdlingen“ nicht. Sie wissen selber am besten, was noch unzulänglich ist und überwinden diese Unzulänglichkeiten tagtäglich im Vorwärtsschreiten.

Die zweite Seite des Falls Biermann ist, daß einige Künstler und Schriftsteller trotz ihrer Bildung und politischen Erfahrungen nicht erkennen, was im Augenblick eigentlich gespielt wird. Daß es hier nicht um Träumereien an der Gitarre geht, sondern um Klassenkampf. Und wer sich einmal die Mühe macht, Biermanns Äußerungen auf ihren gedanklich-weltanschaulichen Gehalt hin zu analysieren, wird feststellen, daß sich darin ein Sammelsurium aller linken und rechten Dogmen wiederfindet, mit denen sich die revolutionäre Arbeiterbewegung seit 130 Jahren auseinandergesetzt hat, angefangen beim „wahren Sozialismus“ bis zum Anarchismus. All diese kleinbürgerlichen Richtungen haben immer nur den Interessen der Bourgeoisie gedient und der Arbeiterklasse geschadet.

Hans Pfeiffer, Schriftsteller

(7b)

Wer – wie ich – durch die Schule der Klassenkämpfe unseres Jahrhunderts gegangen ist, durch Kaiserreich, Weimarer Republik, Faschismus, es um den Preis der eigenen moralischen Existenz lernen mußte und auch gelernt hat, sich mit den Spielarten reaktionärer Ideologien, auch mit komplizierten, auseinanderzusetzen, der wird mir glauben, daß auch ich (wie Hermann Kant) „Herrn Biermann ganz gut ausgehalten habe und auch weiterhin ausgehalten hätte; mich brauchte man nicht vor ihm zu schützen“. Ich weiß sehr gut, wie und wo ich Biermann einzuordnen habe, ich weiß das seit vielen Jahren. Allerdings war ich immer erstaunt, daß er so lange Zeit hindurch westdeutschen und westeuropäischen Journalisten und Kameralen in seiner Wohnung in der Berliner Chausseestraße Interviews geben, Schallplatten und Bücher für westliche Verlage und Plattenfirmen produzieren konnte. Einiges davon war mir bekannt, deshalb wundere ich mich nicht über sein Kölner Programm. Daß er dort keine Liebeslieder singen würde, war anzunehmen. Ich mahne uns alle – aus eben meiner persönlichen historischen Erfahrung –, hart und sachlich und kollegial miteinander und untereinander zu ringen. Für uns. Für den Sozialismus!

Ferdinand May, Schriftsteller

(7c)

Angesprochen auf das Auftreten des Herrn Biermann, kann ich nur wiederholen, was ich in vielen Interviews in Presse und Rundfunk des öfteren zum Ausdruck gebracht habe: In meiner Eigenschaft als Thomaskantor bin ich aufrichtig dankbar für die umfassende Unterstützung der kulturpolitischen Arbeit des Thomaschores durch unseren Staat. Jeder, der seine gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung klar erkennt und ernst nimmt, weiß, daß es oft auch schwierige Probleme zu bewältigen gilt. Im direkten, vertrauensvollen Gespräch mit den zuständigen staatlichen Stellen konnten immer vertretbare Lösungen gefunden werden.

Schon die Tatsache, daß Herr Biermann seinen Aufenthalt in der BRD zu vermeintlicher Kritik an unserem Staat ausnutzt, läßt – ohne daß man noch auf einzelne Äußerungen eingehen müßte – deutlich erkennen, daß ihm Parteilichkeit für unsere sozialistische Gesellschaft fremd ist, auf welche Seite er sich gestellt hat.

Prof. Hans-Joachim Rotzsch, Thomaskantor

(7d)

In letzter Zeit verstärken imperialistische Kreise ihre Kampagne gegen den realen Sozialismus in unserer Republik. Sie bedienen sich dazu einer demagogischen Auslegung und Verdrehung humanistischer Prinzipien. Sie bestreiten die historische Pflicht unserer Gesellschaftsordnung, das Recht des sozialistischen Staates zur konkreten Formung dieser Prinzipien entsprechend den Interessen des sozialen Fortschritts unter den Bedingungen des internationalen Klassenkampfes. Wolf Biermanns Auftreten in der BRD fügt sich objektiv in diese Aktivitäten ein.

Als Bürger unseres sozialistischen Staates richten wir uns mit kritischer Schärfe unversöhnlich gegen die imperialistische Reaktion. Unsere Kritik ist von anderer Art, schöpferischer, wenn sie zur Gestaltung unserer neuen gesellschaftlichen Verhältnisse eingesetzt wird. Wolf Biermann, mit Strategie und Taktik des Klassenkampfes wohl vertraut, hat sich auf den Boden des Klassenfeindes gestellt. Er fordert damit unterschiedene Maßnahmen unseres Staates heraus, denen ich als Bürger dieses Staates zustimme.

Prof. Dr. Rolf Rohmer, Rektor, Theaterhochschule

(7e)

Wolf Biermann hat sich von der DDR getrennt. Sein Verhalten und Auftreten ist das eines Demagogen, nicht aber eines Sozialisten oder Kommunisten. Er hat unmißverständlich Auskunft über sich gegeben. Es wird nicht lange dauern und des begabten Biermanns Lieder verhallen ohne Wirkung. Er bleibt zurück als trauriges Strandgut, sobald er den Feinden des Sozialismus nicht mehr nützen kann. Dieser Zeitpunkt dürfte nahe sein dank einer klärenden Maßnahme der DDR.

Prof. Dr. Werner Felix, Musikwissenschaftler

(7f)

Es gehört zu den elementaren Kenntnissen und Erfahrungen eines Kommunisten und Künstlers, daß sich unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz der Kampf der sich antagonistisch gegenüberstehenden Klassen vor allem auf ideologischem Gebiet verschärft. Für das Verhalten im Klassenkampf war, ist und bleibt die zentrale Frage: „Wem nützt es?“ Biermann hat spätestens mit seinem Auftreten in der BRD eine unzweideutige persönliche Haltung bezogen. Es war – ganz im Sinne der zentralen Frage – an uns, eine ebenso eindeutige Antwort zu geben. Die Regierung unseres Staates hat damit nicht gezögert und ihm die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt. Ihre Entscheidung ist meine Entscheidung.

Peter Förster, Dozent, Theaterhochschule

(8) LVZ 6.10.1989

Werktätige des Bezirkes fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden

Die Angehörigen der Kampfgruppenhundertchaft „Hans Geiffert“ verurteilen, was gewissenlose Elemente seit einiger Zeit in der Stadt Leipzig veranstalten. Wir sind dafür, daß die Bürger christlichen Glaubens in der Nikolaikirche ihre Andacht und ihr Gebet verrichten. Das garantiert ihnen unsere Verfassung und die Staatsmacht unserer sozialistischen DDR. Wir sind dagegen, daß diese kirchliche Veranstaltung mißbraucht wird, um staatsfeindliche Provokationen gegen die DDR durchzuführen. Wir fühlen uns belästigt, wenn wir nach getaner Arbeit mit diesen Dingen konfrontiert werden.

Deshalb erwarten wir, daß alles getan wird, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, um die in 40 Jahren harter Arbeit geschaffenen Werte und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR zu schützen und unser Aufbauwerk zielstrebig

und planmäßig zum Wohle aller Bürger fortgesetzt wird. Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand! Wir sprechen diesen Elementen das Recht ab, für ihre Zwecke Lieder und Losungen der Arbeiterklasse zu nutzen. Letztlich versuchen sie damit nur, ihre wahren Ziele zu verbergen.

Kommandeur Günter Lutz im Auftrag der Kampfgruppenhundredschaft „Hans Geiffert“

(9) LVZ 9.10.1989

Wir wollen sachlichen Dialog führen

Falls die Zusammenrottungen im Stadtzentrum weiter eskalieren und sich weiter kriminalisieren, falls die sozialistische Staatsmacht weiterhin verunglimpft wird, kann das kein gutes Ende nehmen. Wir wollen in Ruhe und Sicherheit unserer Arbeit nachgehen, die friedlichen Zwecken dient. Ich bin für sachlichen Dialog, aber der ist auf der Straße, unter dem Druck und Zwang solcher Ausuferungen, nicht zu führen. Ich kann nur hoffen, daß dann mit den Einsichtigen – freilich nur mit ihnen, nicht mit notorischen Feinden unseres Staates – ein Konsens gefunden wird.

Norbert Molkenbur, Verlagsdirektor Edition Peters

(10) LVZ 9.10.1989

Seit Monaten wird von BRD-Massenmedien versucht, die Stadt Leipzig in den Blickpunkt zu rücken. Es standen ja Jubiläen ins Haus. Aber da wird nicht etwa gezeigt, was Bauarbeiterfleiß zuwege brachte, wie erstaunenswert schön um die Kolonnadenstraße, den Nikischplatz rekonstruiert wurde. Gerade die uralten historischen Bauten erfordern einen hohen Aufwand und brauchen deshalb auch etwas längere Bauzeit. Im Zentrum rund um den Sachsenplatz gibt es jetzt viele solcher Baustellen, und wer im Zentrum wohnt, weiß, wie sensibel das Gelände in vieler Hinsicht geworden ist. Wir Anwohner haben begriffen, daß es eine Zeit größerer Belastungen geben wird, aber wir sind sicher, daß auch das vorübergeht und am Ende eine neue Qualität steht.

Um so mehr sind wir aber besorgt, auch empört über die nun schon seit Wochen andauernden Zusammenrottungen: Provokationen gegen uns und unseren Staat, sie stören vorsätzlich den Straßenverkehr, die Ordnung und Sicherheit in der Stadt Leipzig. Wir haben kein Verständnis dafür, daß man seinen Willen „Wir bleiben hier!“, auf diese Art und Weise zum Ausdruck bringt. Falls alle vernünftigen Leipziger so ihren Willen bekunden würden, daß wir „hier bleiben“ – wären alle Grünanlagen aus Platzmangel am Ende restlos zertrampelt. Wir lehnen diese Art „Demokratie“ ab.

Wir Bewohner des Zentrums der Stadt sind unseren Sicherheitskräften dankbar, daß sie durch ihr Handeln die Ordnung und Sicherheit wiederherstellten.

50 Mitglieder der DFD-Gruppe „Anna Schumann“

(11) ND 6.10.1989

In dieser Republik steckt von jedem von uns ein Stück seines Lebens
Mitglieder einer Wohnparteiorganisation in Eisenhüttenstadt an Erich Honecker
Lieber Genosse Erich Honecker!

Einstimmig haben die Mitglieder der Wohnparteiorganisation das Bedürfnis zum Ausdruck gebracht, Dir, lieber Genosse Erich Honecker, von unserer heutigen Mitgliederversammlung einen herzlichen Gruß zu senden.

Wir haben die heutige Mitgliederversammlung genutzt, in feierlicher Form den 40. Jahrestag der Gründung unserer DDR zu begehen. Eine Analyse der Ergebnisse der 40jährigen Existenz unserer Deutschen Demokratischen Republik war Grundlage unseres Referates und der geführten Diskussionen. Mitglieder konnten aus ihrem Leben darlegen, wie unser Weg verlaufen ist und welche Ergebnisse wir erreichten. ...

Wir wollen Dir heute erneut unsere Versicherung abgeben, daß wir auch in Zukunft die Beschlüsse unserer Partei mit in die Tat umsetzen werden. Deshalb bereiten wir uns auch aktiv auf den kommenden XII. Parteitag vor. Wir sind uns schon heute bewußt, daß uns diese neuen Beschlüsse in unserem sozialistischen Staat weiter voranbringen und daß, wie in der Vergangenheit bewährt, Problem für Problem seiner notwendigen Lösung zugeführt wird. Alle unsere Mitglieder versichern, wir sind bei der weiteren Festigung und Stärkung unserer DDR trotz Haß unserer Feinde mit dem Herzen dabei. Alle Mitglieder haben einen Herzenswunsch, der Dich persönlich angeht. Wir freuen uns sehr, Dich wieder in Deinen schweren Funktionen zu wissen. Für uns war es eine Freude, Dich wieder im Fernsehen gesehen zu haben. Wir wünschen Dir von ganzem Herzen weitere Genesung nach der Operation und noch mehr für viele, viele Jahre beste Gesundheit zum Wohle unserer Partei, unseres Volkes und unseres sozialistischen Vaterlandes.

Alles Gute!

Deine Kampfgefährten der Wohnparteiorganisation 10 aus Eisenhüttenstadt

Im Auftrag aller Mitglieder und Parteiveteranen

Dein Genosse Rudolf Leppin, Parteisekretär der WPO 10

(12) SZ 28./29.10.1989

Wer die Wurst essen will, muß auch das Schwein füttern. Auch darf es ihm nicht zu unangenehm sein, den Stall auszumisten. Wir können auf die Straße laufen so viel wir wollen und nach Reformen schreien. In der ganzen Welt wird sich niemand finden, welcher uns unsere Pflichten vor unserer Nation abnimmt. Wir sollten endlich dazu übergehen, die Pflicht zu bemessen und die Verantwortung drastischer durchzusetzen.

Hans Diettrich, 8900 Görlitz

(13) SZ 27.10.1989

Ich hoffe sehr, daß es gelingen wird, das Bluten der Wunden endgültig zum Stillstand zu bringen. Der Heilungsprozeß wird aber langwierig und schwierig sein. Ich wünsche auf diesem Wege, daß wir uns näher kommen, geduldig zuhören und voneinander

lernen. Es mögen in unserem Lande viele Bäumlein blühen – außer Unkraut. Der Sozialismus verträgt sich gut mit Rosen, Nelken, Tulpen, aber auch mit einfachen Feldblumen. Unkraut wollen wir wie jeder gute Gärtner, der sein Land liebt, nicht aufkommen lassen. Dafür will ich weiterhin meinen bescheidenen Beitrag als Genosse leisten.

Josef Kardinar, Rentner, 8060 Dresden

(14) LVZ 15.2.1991

Widerspruch

Die in oben genannter Zuschrift geäußerte Meinung des Herrn Scherbarth darf nicht unwidersprochen bleiben. Er beklagt das mangelnde Selbstbewußtsein der „Ossis“ und ist beschämt, daß immer noch solche Begriffe gebraucht werden, die seinem Verständnis von der Gleichstellung aller Deutschen widersprechen. Wenn Herr Sch. andererseits den Mut und das Engagement der ehemaligen DDR-Bürger preist, mit dem sie sich von der Bevormundung durch das SED-Regime befreit haben, dann hat er wohl noch nicht mitbekommen, in welcher Vielfalt und Schärfe sie sich in der LVZ und anderen Presseorganen gegen Diktat und Bevormundung durch westliches Kapital zur Wehr setzen.

Bei aller „Einheits-Euphorie“, die angesichts der gegenwärtigen Realität auch vielen damaligen Demonstranten vergangen ist, kann doch nicht übersehen werden, daß durch die „Überwucherung“ unserer Wirtschaft und die „Abwicklung“ nichtproduktiver Bereiche die „Ossis“ erneut entmündigt und damit in ihrem Selbstbewußtsein erneut beeinträchtigt werden. Da nützt auch die Aussicht auf Angleichung in den nächsten Jahren wenig, denn die sozial Schwachen, die Arbeitslosen und Behinderten sind am meisten betroffen, ganz zu schweigen von den Rentnern, die wohl bis an ihr Lebensende minderbemittelte „Ossis“ bleiben werden.

Wolfgang Walther, 7024 Leipzig

(15) LVZ 15.2.1991

Muß man anerkennen

Mit Arger las ich den Brief von Otfried Henker. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß es Menschen gibt, die diese Sache nicht einsehen können. Bestimmt ist der Kontovertrag nicht sein einziger Vertrag, weshalb eigentlich klar sein müßte, daß auch andere Geschäftsbedingungen anerkannt werden müssen. Außerdem rate ich Herrn Henker, sich bei seiner Sparkasse auch über andere Sparformen beraten zu lassen. Da gibt es noch so viele Möglichkeiten. Man soll nicht immer alles so negativ sehen.

Yvonne Römbach, 7065 Leipzig

(16) LVZ 15.2.1991

Nicht übers Knie brechen

Wenn ich mich recht erinnere, dürfte über Entwürfe für die künftige sächsische Verfassung nicht das erstmal geschrieben worden sein. Aber angesichts der an-

gekündigten und ausgesprochenen Differenzen muß zugleich angenommen werden, daß Sachsens Bürger auf ihre Verfassung noch einige Zeit warten müssen.

Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern, die einerseits dem republikanischen Grundgesetz entspricht, trägt zugleich auch ein großes Maß an Eigenverantwortlichkeit, wenn ich an solche Bestimmungen denke, mit denen viele Bürger täglich konfrontiert sind. Dazu dürften auch die Organisation von Gemeinden, Städten und Landkreisen sowie Möglichkeiten für eine Verwaltungsgemeinschaft mit einem Nachbarkreis gehören, die sich nach einer sächsischen Verwaltungsreform zu einem neuen Landkreis entwickeln soll, wie es jetzt bereits im Kreis Geithain diskutiert wird. Was liegt also näher, als die inhaltlichen Dinge mit der Bevölkerung zu besprechen. Der Beratung im Verfassungs- und Rechtsausschuß des Landtages sollte sich eine Verfassungsdiskussion anschließen, damit nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wird.

Horst Völkner, 7233 Frohburg